

kann (in moderner Terminologie: Ideologie-Verdacht!), ganz abgesehen von den Fällen wirklich schuldlosen Irrtums. Wenn dies der von Eb. Müller gemeinte Sinn ist, läge hier ein vielversprechender Ansatzpunkt, um uns ganz allgemein über Gewissen und Gewissensbildung zu verständigen und insbesondere darüber ins Reine zu kommen, in welchem Sinn wir gemeinsam eine Situationsethik vertreten können wie auch, ob eine von einzelnen Katholiken verfochtene, vom Lehramt der katholischen Kirche verworfene und für uns grundsätzlich unannehmbare Situationsethik berechtigt ist, sich auf evangelische Theologie zu berufen, oder sich zu Unrecht auf sie beruft.

Steigen zahlreiche Beiträge des Ev. Soz. Lex. in letzte theologische Tiefen hinab, so enthält das Werk doch auch nicht wenige Beiträge rein informatischen Charakters, insbesondere über die positiv-rechtliche Gestaltung einschlägiger Sachgebiete, die wörtlich ebenso in einem „neutralen“ Nachschlagewerk stehen könnten. In einzelnen Fällen brennt man auf die grundsätzliche Stellungnahme und fühlt sich enttäuscht, wenn sie ausbleibt. Mehrere dieser Beiträge (so insbesondere von *Th. Pathe*) sind aber in ihrer Art Kabinettstücke.

Ausgezeichnet kennzeichnet *P. Collmer* das Mißverhältnis zwischen den gewiß nicht unberechtigten Klagen über die Zurückdrängung der freien kirchlichen Wohlfahrtspflege durch staatliche Veranstaltungen und der Geduld, mit der man sich auf evangelischer Seite mit der Beherrschung des Schulwesens durch den Staat abfindet. „Und obwohl das Gebiet des Schul- und Erziehungswesens völlig in den Händen des Staates ist, wird an diesem Zustand kirchlich kaum Kritik geübt. Dabei sind die Folgen dieser Staatsvorherrschaft in der Schule nicht weniger bedenklich als die Ausübung von Hilfs- und Schutzfunktionen durch staatliche Institutionen“ (1151 Ende). Diesen Worten Collmer's möchten wir in weitesten evangelischen Kreisen ernste Beherzigung wünschen.

Eine erstaunliche Fülle von Stoff findet sich mittelst eines weit ausgebauten und konsequent angewandten Systems von Abkürzungen sowie eines engen, aber doch gut lesbaren Druckes in dem noch gut handlichen Band zusammengedrängt. Druckfehler sind äußerst selten und nehmen erst auf den letzten Druckbogen etwas zu; offenbar eilte da die Fertigstellung. — Sp. 578 im Text wird *Keynes* eine „General Theory of Unemployment“ zugeschrieben; Sp. 601 heißt es: „Jedem nach seinen Fähigkeiten“; offenbar zwei kleine Scherze des Druckfehlerteufels. — Sp. 1137, Z. 2 läse man statt „immer noch am besten“ lieber „immer noch das kleinere Übel“, doch dürfte es dazu wohl einer „Autorkorrektur“ bedürfen. — Die Literaturangaben sind eher knapp als reichlich bemessen, aber gut ausgewählt. Für eine Neubearbeitung sei darum gebeten, diese Angaben, wie die großen Nachschlagewerke (Handwörterbücher usw.) es heute zu tun pflegen, nach einem klaren und einheitlich durchgeführten Prinzip zu ordnen, entweder nach der Zeitfolge des Erscheinens oder nach dem ABC der Verfasseramen; desgleichen bei mehrfach aufgelegten Werken das Erscheinungsjahr der 1. Auflage und tunlichst auch der letzterschienenen Auflage anzugeben; eine Angabe wie „K. Marx, Das Kapital, 3 Bände (1953)“ — so Sp. 548 — entspricht nicht ganz den Gepflogenheiten und den gegenüber einem so hochstehenden Werk berechtigten Erwartungen. — Von solchen kleinen Bemängelungen abgesehen muß man dem Verlag die Anerkennung zollen, dieses Standardwerk evangelischer Soziallehre in einer Ausstattung herausgebracht zu haben, die seiner würdig ist. O. v. Nell-Breuning SJ

Gefahr für den Sowjet-Wirtschaftsblock

Wenn in diesen Monaten der Satellitengürtel um die Sowjetunion in allen Nächten kracht, dann wird häufig übersehen,

daß die sogenannten Volksdemokratien zusammen mit der Sowjetunion nicht nur einen politischen und militärischen Machtblock, sondern auch eine sich bis vor kurzem ständig konsolidierende Wirtschaftsunion darstellten. Ja, es hatte zuweilen sogar den Anschein, als bedente den Sowjets die wirtschaftliche Seite des Ostblocks aus mancherlei Gründen mehr als seine politische oder militärische. Um so empfindlicher mochte sie die Revolte der Satelliten treffen, die, von Moskau unerwartet, allem Anschein nach genau in dem Augenblick einsetzte, als die Entwicklung dieser Wirtschaftsunion einen gewissen, von Moskau seit Jahren sorgfältig angesteuerten und vorbereiteten Höhepunkt erreicht hatte.

Schon Lenin hatte bekanntlich nicht nur von der Weltrevolution, sondern in deren Gefolge auch von einer roten Weltwirtschaft geträumt, und Stalin meinte dazu 1921: „Um aber die Organisation einer richtigen Weltwirtschaft in Angriff nehmen zu können, muß das Proletariat wenigstens in einigen fortgeschrittenen (= industriellen) Ländern gesiegt haben“.¹ Was ihm dabei vorschwebte, nämlich eine enge Wirtschaftsunion kommunistischer Industriestaaten, erschien ihm damals freilich noch als Utopie. Er durfte sich bei Hitler dafür bedanken, daß dieser es ihm durch seinen Krieg ermöglichte, diese einstige Utopie nach 1945 in die Wirklichkeit umzusetzen. Allerdings erging es dem Kreml damit wie so manchem anderen Diktator: er konnte nicht genug bekommen. Und so zeigen die Jahre seit dem Ende des zweiten Weltkrieges einerseits zwar das Entstehen eines kommunistischen Wirtschaftsblocks, der in Europa längs der sowjetischen Grenze von der Ostsee bis zur Adria und zum Schwarzen Meer reicht, andererseits aber auch das erfolgreiche Bestreben der Sowjetunion, in diesem Wirtschaftsblock nicht nur die absolute Befehlsgewalt auszuüben, sondern auch

alle Vorteile der mehr oder weniger erzwungenen Zusammenarbeit für sich allein zu beanspruchen. Vermutlich hat auch dieser Umstand — neben Argumenten politischer Art — nicht unwesentlich mit zum Ausbruch der Krise im Satellitengürtel beigetragen. Zumal im Fall Ungarns lag von Anfang an auch der weit verbreitete Unwille über die wirtschaftliche Ausbeutung durch Moskau ganz offen zutage.

Grob gesehen, lassen sich bisher vier Abschnitte in der wirtschaftlichen Ausbeutung des Ostblocks durch die Sowjetunion feststellen, deren erster die Jahre bis etwa 1947 umfaßt, in denen die sowjetischen „Befreier“ sich noch so primitiver Methoden wie der offenen Plünderung oder der Demontage von Industriewerken bedienten. Was Moskau brauchen konnte, wurde einfach als „Kriegsbeute“ deklariert und nach der Sowjetunion abtransportiert, wobei es keinen Unterschied machte, ob es sich um Rohstoffe, Maschinen, Vieh oder um menschliche Fachkräfte handelte.

Etwa 1947 begann ein zweiter Abschnitt. Man war im Kreml dahinter gekommen, daß man sich mit den unverhüllten Plünderermethoden in jenen Ländern, die man doch auch politisch für den Kommunismus zu erobern gedachte, nur Feinde schuf und daß es wesentlich vorteilhafter sei, die Kapazität der Industrie und Landwirtschaft dieser Länder sowie die Fähigkeiten ihrer Intelligenz auf andere Weise auszunutzen und für sich arbeiten zu lassen. Also baute man die Wirtschaft dieser Länder wieder auf, um sie instand zu setzen, die wirtschaftlichen Wünsche Moskaus zu erfüllen.

1949 setzte der dritte Abschnitt mit einem sehr bedeutungsvollen und folgenschweren Ereignis ein: am 25. Januar 1949 wurde auf Befehl der Sowjets und unter zwangsweiser Beteiligung Bulgariens, Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns der „Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (KOM-EKON) mit Sitz in Warschau gegründet, in den später auch Albanien und

¹ J. W. Stalin, Werke, Berlin 1951, Bd. V, S. 94.

am 29. September 1950 auch die deutsche Sowjetzone einbezogen wurden. Nach außen hin firmierte diese Organisation, im Osten gelegentlich auch „Molotowplan“ genannt, zunächst als Gegenstück zum westlichen Marshall-Plan. Tatsächlich aber diente sie von Anfang an nicht der wirtschaftlichen Unterstützung der Volksdemokratien durch die Sowjetunion, sondern ihrer Ausbeutung durch diese. Nur in diesem Sinn und mit diesem Ziel im Hintergrund betrieb sie die Industrialisierung der Satelliten ohne Rücksicht auf die lokalen Gegebenheiten und auf den Lebensstandard der Massen. Gleichzeitig festigte sie Moskaus Export-Import-Monopol innerhalb des ganzen kommunistischen Einflußbereiches. KOMEKON wurde somit zum wirtschaftlichen Seitenstück des politisch-militärischen KOMINFORM und zum wirtschaftlichen Fundament des späteren Warschauer Militärpaktes.

Ohne daß das KOMEKON an Bedeutung verloren hätte, begann nach Stalins Tod 1953 ein vierter Abschnitt, der eingeleitet wurde durch das Einsickern des sogenannten „neuen Kurses“ der Ära Malenkov auch in die Volksdemokratien, anschließend aber auch alle Änderungen dieses Kurses auf die Wirtschaft der Satellitenländer übertrug. Das eigentlich Typische für diesen vierten Abschnitt ist jedoch die Tendenz zur absoluten Gleichschaltung der sowjetischen und der volksdemokratischen Wirtschaft, die auch in der strengen Koordinierung der einzelnen Fünf- bzw. Sechsjahrespläne zum Ausdruck kommt. Die Integration des sowjetisch geleiteten kommunistischen Wirtschaftsblokkes ist in diesem jüngsten Abschnitt bereits in hohem Maß fortgeschritten, und wohl die bezeichnendste Losung dieses Abschnittes ist die von der „internationalen Arbeitsteilung auf dem demokratischen Markt“.

Diese Losung diente übrigens auch einem Artikel als Überschrift, den „Neues Deutschland“, das Zentralorgan der SED, im März 1954 veröffentlichte

und der interessante Aufschlüsse darüber vermittelt, wie man sich in den dem Kreml nahestehenden Kreisen Pankows diese Arbeitsteilung vorstellt.² Demnach wäre künftig das Schwergewicht in Polen auf das Bergbau- und Hüttenwesen, in Rumänien auf die Erdölförderung, in der Tschechoslowakei und der deutschen Sowjetzone auf die Schwerindustrie sowie auf eine polnisch-sowjetzonale Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Leichtindustrie zu legen, während Ungarn und Bulgarien einstweilen offenbar vorwiegend als Lieferanten landwirtschaftlicher Erzeugnisse vorgesehen sind. Etwa gleichzeitig schrieb „Kommunist“, die theoretische Zeitschrift der sowjetischen KP: „Nachdem heute alle demokratischen Länder ihre Wirtschaft auf der Grundlage mehrjähriger Pläne entwickeln, ist die Koordinierung ihrer Wirtschaftspläne, einschließlich des Außenhandels, nunmehr zu einer überaus wichtigen Voraussetzung für den planmäßigen sozialistischen Aufbau geworden“.³

Die Organisation des KOMEKON war durch diese Entwicklung jedoch keineswegs etwa überflüssig geworden. Im Gegenteil! „Kommunist“ schreibt dazu: „Dieses Organ hat die Aufgabe, die wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten durch Erweiterung des Außenhandels, gegenseitige technische Hilfe und andere Formen des Zusammenwirkens in verstärktem Maß auszubauen“. Hinter diesen Redensarten verbirgt sich die dreifache Funktion des KOMEKON als eines zentralen Planungsbüros, einer zentralen Verrechnungsstelle und einer übergeordneten Kontrollbehörde. Darüber hinaus arbeitete die Organisation am weiteren Ausbau eines dichten Netzes von Handelsverträgen, das die Satellitenstaaten einseitig verpflichtete, der Sowjetunion jedoch alle Möglichkeiten sicherte, mit den Erzeugnissen der Volksdemokratien Wuchergeschäfte auf

² Neues Deutschland, 4. 3. 1954.

³ Kommunist, Moskau, Heft 15/1954.

eigene Rechnung zu betreiben. Von „Gleichberechtigung“, wie sie die „Rebellen“ in dieser und jener Volksdemokratie heute fordern, konnte dabei keine Rede sein, denn einseitig hafteten nur die Satelliten für die termingerechte Erfüllung der ihnen vertraglich auferlegten Verpflichtungen, während niemand die Macht besaß, die Sowjetunion zu zwingen, irgend etwas zu tun, oder sie daran zu hindern, etwas zu tun. Auf Grund dieses Vertragsnetzes kauft die Sowjetunion seit Jahren zu niedrigsten, meist weit unter dem Weltmarktsatz liegenden Preisen Waren von den Satelliten und verkauft sie zu höchstmöglichen Preisen wieder an andere Satelliten oder auch an nichtkommunistische Länder. Auf dieser Basis lieferte Moskau z. B. polnische Kohle an Schweden, sowjetzonale Düngemittel an Finnland, bulgarische Zinkerze an die Tschechoslowakei, rumänisches Erdöl an die übrigen Satelliten usw. Flugmotorenöl kaufte Moskau von Rumänien für 7 Cent pro Gallone, und bulgarisches Rosenöl vertrieb es mit einer eigenen Gewinnspanne von über 1000 Prozent. Obgleich die einschlägigen Fachleute in den KOMEKON-Staaten derartige sowjetische Geschäfte seit Jahren zähneknirschend zur Kenntnis nehmen, scheute sich das SED-Zentralorgan „Neues Deutschland“ als Sprachrohr der treuesten aller Satellitenparteien nicht, das Ergebnis der vom 18. bis 25. Mai 1956 abgehaltenen VII. KOMEKON-Tagung mit den Worten zu bejubeln: „Zum ersten Mal wurde in der Praxis der Weg beschritten, das Gesetz der planmäßigen und proportionalen Entwicklung der Volkswirtschaft vom Stillen Ozean bis zur Elbe anzuwenden.“⁴

Als man schließlich im Sommer 1956 daran ging, in den einzelnen Mitgliedsstaaten KOMEKON-Kommissionen für die wichtigsten Wirtschaftszweige zu errichten, da hatte eine Entwicklung ihren einstweiligen Höhepunkt erreicht,

die von der nackten Plünderung über die Systeme der mit Ausnahme der „Wismut-AG.“ wieder aufgelösten „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ („SAG“) und der 1954 wieder aufgelösten „Gemischten Gesellschaften“⁵ bis zu Formen schritt, die nichts weiter bedeuteten als die beginnende Auflösung der Volksdemokratien als eigenständige nationale Wirtschaftseinheiten und ihr totales Aufgehen im großsowjetischen Kolonialreich. Als Helfer Moskaus hatte dabei eine Reihe von Gestalten mitgewirkt, die allerdings inzwischen als „Stalinisten“ großenteils wenigstens aus der ersten Garnitur volkdemokratischer Staats- und Parteifunktionäre wieder ausgeschieden sind.

Die jüngsten Vorgänge in Polen und in Ungarn haben in den scheinbar so festgefügt und durch die Warschauer Militärverträge nach jeder Richtung hin gesicherten Block eine tiefe Bresche gebrochen, die das ganze KOMEKON-System zu sprengen droht. Moskau hat diese Gefahr offensichtlich sofort erkannt. Als die Kreml-Elite am 19. Oktober 1956 nach Warschau eilte, um die polnischen Kommunisten bei der Stange zu halten und das politische come back Gomulkas zu verhindern, da befand sich unter der aufgeregten Reisegesellschaft auch Anastas Iwanowitsch Mikojan, der „kommunistische Kaufmann Nr. 1“, Moskaus bewährter Außenhandelsdiktator, der Mann, in dessen Hand auch die Fäden des KOMEKON zusammen-

⁵ „Gemischte Gesellschaften“ hatte es in Bulgarien drei, in Rumänien zwölf, in China vier gegeben. Ihre Auflösung erfolgte in der Weise, daß die „Teilnehmerländer“ den sowjetischen Anteil „zurückzukaufen“ hatten. Den Rückkaufspreis setzten die Sowjets fest. Er war vorwiegend in Gestalt von Warenlieferungen an die Sowjetunion zu entrichten, die sich in der Regel über einen Zeitraum von vielen Jahren hinaus erstreckten. Auf solche Weise verstanden es die Sowjets, sogar aus der nicht mehr zu umgehenden Auflösung dieser im wahrsten Sinne räuberischen sowjetischen Ausbeutergesellschaften noch den Vorteil einer weiteren Verschuldung der Partnerländer an die Sowjetunion zu ziehen.

⁴ Neues Deutschland, 30. 5. 1956.

laufen. Als der Aufstand in Ungarn losbrach, da war es wiederum Mikojan, der wiederholt in das heißumkämpfte Budapest flog, um zu retten, was vielleicht schon nicht mehr zu retten ist. Denn wie auch immer der Kampf in Ungarn enden mag, zum mindesten wird sich die Erfüllung einer ganzen Reihe von Forderungen der ungarischen Freiheitskämpfer wohl kaum mehr umgehen lassen. Eine dieser Forderungen aber lautete: „Unverzügliche Annullierung aller für Ungarn ungünstigen Handelsverträge und die Veröffentlichung aller künftigen Handelsverträge, insbesondere über die Lieferung von Bauxit und Uran“. Dies aber ist eine Forderung, die direkt ins Herz des KOMEKON-Systems trifft, zumal wenn man in Betracht zieht, daß sich in dem von den ungarischen Arbeitern gegen die Sowjettruppen besonders lange und zäh verteidigten Gebiet um Pecs eines der ergiebigsten Uran-Vorkommen ganz Europas befindet. Nahezu gleichlautende Forderungen wurden bekanntlich auch von den Anhängern Gomulkas in Polen erhoben.

Allerdings scheint es dem „Nationalkommunisten“ Gomulka vorerst noch nicht gelungen zu sein, für sein Land eine Entlassung aus dem wirtschaftlichen Zwangssystem des KOMEKON in dem erwünschten Umfang zu erreichen. Es ist nicht bekannt, mit welchen Mitteln man es im Kreml verstand, den derzeitigen polnischen „Nationalhelden“ bis zu einem gewissen Grad gefügig zu machen. Jedenfalls war das Ergebnis seiner von so vielen polnischen Hoffnungen begleiteten Moskau-Reise vom November 1956 eine vom Kreml erzwungene polnische Absage an gewisse Wirtschaftshilfe-Angebote aus dem Westen, insbesondere aus den USA, zugunsten einer Anleihe von 700 Millionen Rubel, womit Moskau der polnischen Wirtschaft unter die Arme zu greifen versprach, unter gleichzeitiger Streichung alter polnischer „Schulden“ von angeblich rund zwei Milliarden Rubel.⁶

Das bedeutet nicht nur eine erneute wirtschaftliche Abkapselung gegenüber dem Westen, sondern auch eine erneute wirtschaftliche Abhängigkeit von Moskau, also gerade das, was man ursprünglich zu überwinden gehofft hatte. Man darf indessen annehmen, daß vielleicht auch in dieser Angelegenheit das letzte Wort noch nicht gesprochen ist.

Jedenfalls haben die Ereignisse der letzten Monate gezeigt, daß es in den Satellitenstaaten selbst unter den Kommunisten Kräfte gibt, die mit dem KOMEKON unzufrieden sind, und es dürfte nur noch eine Frage der Zeit und der günstigen Gelegenheiten sein, bis auch die übrigen volksdemokratischen Wirtschaftspartner Moskaus Schritte unternehmen, um auch ihrerseits die Fesseln des sowjetischen Wirtschaftskolonialismus abzustreifen.

Gerhard Neuhaus

Zypern¹

Der durchschnittliche Deutsche weiß von Zypern meist nicht viel mehr, als daß der Name der Insel irgendwie etwas mit Kupfer zu tun hat, das dort gefunden wird. Schon die Griechen haben dort das begehrte Metall geholt. Die Insel ist ein altes Kulturland und hat eine abwechslungsreiche Geschichte hinter sich, die insofern auch wichtig ist, weil sie die Geschehnisse auf der Insel, die seit Jahren die Welt in Atem halten, zu erklären vermögen.

Zypern hat etwa 515000 Einwohner, von denen 82,2 Prozent Griechen sind,

⁶ Nach „Kommunist“ (a.a.O.) war Polen von der Sowjetunion während der vergangenen Jahre z. B. für die Lieferung sowjetischer Industrie-Ausrüstungen allein „ein Kredit von 2,2 Milliarden Rubel eingeräumt worden“.

¹ In Zusammenhang mit diesem Artikel weisen wir auf das kleine, gut dokumentierte Büchlein von Peter Härlin hin, Zypern, Prüfstein der Demokratie, Stuttgart 1956, Verlag Heinrich Seewald, das einen guten Überblick über die politischen Ereignisse und die Stellung der Insel in den letzten Jahrzehnten gibt.